

Die Informationen in der vorliegenden Darstellung sind folgenden Quellen entnommen:

- *Für Europa: stark und sozial!*, Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, 8. Dezember 2008
- *Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts*, Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VII. Europäischen Parlament 2009, v. 17. Januar 2009
- *Volles Programm – Mit WUMS für ein besseres Europa*, Europawahlprogramm Bündnis 90/ Die Grünen, v. 25. Januar 2009
- *Solidarität, Demokratie, Frieden – gemeinsam für den Wechsel in Europa!*, Europawahlprogramm 2009 der Partei „Die Linke“ v. 28.2.2009
- *Entwurf des CSU-Europawahlprogramm 2009*, Beschluss des CSU-Parteivorstandes v. 4. April 2009 als Vorlage an den CSU-Parteiausschuss am 9. Mai 2009
- *Frischer Wind für Europa*, Europa-Leitlinien der Freien Wähler (Flyer), http://www.fw-europa.eu/pdf/FW_Europa_2009.pdf

Es konnten bei dieser Auswertung nicht alle 30 zur EP-Wahl zugelassenen Parteien berücksichtigt werden; das Europawahlprogramm der Freien Wähler lag zum Redaktionsschluss (13. April 2009) noch nicht vor, es wurde auf Aussagen aus dem oben aufgeführten zurückgegriffen.

Wenn Sie Interesse daran haben, auf überparteiliche, aber nicht unpolitische Art und Weise aktiv am europäischen Integrationsprozess mitzuarbeiten, dann werden Sie doch einfach Mitglied bei uns, der **Europa Union München e.V.** Besuchen Sie unsere Homepage <http://www.europa-union-muenchen.de> oder wenden Sie sich an unseren Vorsitzenden Stavros Kostantinidis Keplerstr. 1, 81679 München, Tel.: 089-4195 233

Europa-Union München e.V.



**Europa vor der Wahl
Mitentscheiden über unsere Zukunft!**

Parteiprogramme im Vergleich

**Ein Überblick über Positionen von
CSU, SPD, FDP, Bd. 90/Grüne, Die LINKE, Freie Wähler
zur Europawahl 2009**

V.i.S.d.P.: Europa Union München e.V., Dr. Ute Hartenberger

Vorab ein wichtiger Hinweis!!

Die Europawahlprogramme der in diesem Informationsblatt genannten Parteien weichen in Umfang, Themenfokus und Detailliertheit erheblich voneinander ab (Quellangaben s. letzte Seite). Die hier aufgeführten Punkte bilden nur einen sehr kleinen Ausschnitt der Programme ab und sollen der groben Orientierung dienen. Sie wurden mit weitestmöglicher Neutralität zusammengefaßt. Ein korrektes Bild der jeweiligen Parteiprogrammatik erhalten Sie nur bei eigener, kritischer Lektüre der originalen Parteiprogramme, die Sie z.B. von den Webseiten der Parteien herunterladen können!

Zukunft der Europäischen Union

Die SPD sieht die EU als eine „föderale, demokratische Bürgerunion“ mit einer Verfassung als Grundlage gemeinsamen Handelns. Auch die FDP teilt die Verfassung als Zielpunkt eines mit dem Vertrag von Lissabon eingeleiteten Vertiefungsprozesses, möchte eine „starke, aber schlanke“ EU. Ein „schlanker Grundlagentext“, durch europaweite Referenden legitimiert, ist auch Ziel der Grünen/Bündnis 90, mit dem die EU zu einer Union der Bürgerinnen und Bürger werden sollte. Die LINKE fordert eine Verfassung, die vom Europäischen Parlament erarbeitet wurde und wirtschaftspolitisch neutral sein. Diese Verfassung sollte einem EU-weiten konstitutionellen Bürgerentscheid unterworfen werden. Die CSU betont, dass die EU von gemeinsamen, in den christlich-jüdischen Traditionen Europas verwurzelten Werten lebt und fordert die Aufnahme eines Gottesbezugs in die „vertraglichen Grundlagen“ der EU, ohne auf die Verfassungsfrage einzugehen. Besonders wichtig ist ihr, dass eine klare Kompetenzabgrenzung vorgenommen und eingehalten wird. CSU und Freie Wähler legen besonderen Wert auf den Erhalt der Vielfalt der Regionen und die Bewahrung der Selbstverwaltung der Kommunen

Erweiterung der EU

Die CSU spricht sich für eine Konsolidierungsphase aus, sieht kurzfristig nur Kroatien als Beitrittskandidaten, der Türkei wird eine privilegierte Partnerschaft angeboten. SPD und Bündnis 90/Grüne plädieren für den Beitritt, ebenso wie für eine Beitrittsoption der (westlichen) Balkanstaaten. Die Programme der FDP und der LINKEN erlauben in der Frage des Türkeibeitritts keine eindeutige Positionierung, die FDP befürwortet aber ebenfalls eine Aufnahme der Staaten des Westbalkans in die EU.

Asyl- und Migrationspolitik

Die CSU unterstützt eine „verstärkte praktische Zusammenarbeit“ der Mitgliedstaaten bei der Asyl- und Einwanderungspolitik, Entscheidungen über die Aufnahme von Migranten und Asylsuchenden solle jedoch in nationaler Kompetenz bleiben. FDP und SPD fordern dagegen eine gemeinsame Einwanderungspolitik der EU sowie gemeinsame Rechtsstandards im Asylsystem. Die europäische Grenzagentur FRONTEX soll – so auch die Forderung der Grünen/Bündnis 90 – parlamentarisch kontrolliert werden; die LINKE möchte diese Einrichtung abschaffen und lehnt die gegenwärtige Asyl- und Einwanderungspolitik der EU ab. Insbesondere die Konzentration der Einwanderungsangebote an Hochqualifizierte wird – das sehen auch die Grünen/Bündnis 90 so – kritisiert. Beide Parteien fordern eine Verbesserung des Schutzes und der Versorgung illegaler Flüchtlinge. Die CSU fordert diesbezüglich strengere, auf gemeinsamen Standards basierende Kontrollen an den EU-Außengrenzen.

Demokratisierung und Bürgerrechte

Bis auf die LINKE betrachten alle Parteien die im Vertrag von Lissabon (VvL) enthaltenen Ansätze einer Demokratisierung der EU als positiv und unterstützen deshalb die Forderung nach Ratifizierung dieses Vertrags; das –CSU-Programm äußert sich nicht zu diesem Thema. Die LINKE lehnt den Vertrag u.a. aufgrund seines Militarisierungspotentials ab. EU-weite Referenden werden von der CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, den Freien Wählern und der LINKEN befürwortet. Die CSU fordert darüber hinaus die Einführung von Direktwahlkreisen bei Wahlen zum Europäischen Parlament, das voll mitentscheidungsberechtigt sein soll. Die FDP fordert mehr Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente an der Politikgestaltung der EU (CSU: und des Bundesrats), weist allerdings auch darauf hin, dass hierfür mehr Aufmerksamkeit der nationalen Volksvertreter für die Geschehnisse auf europäischer Ebene notwendig sei. Zusammen mit den Grünen/Bündnis 90 setzt sich die FDP für die Schaffung eines EU-Kommissar für Justiz und Grundrechte ein.

Haushalt der EU / Eigenmittelfrage

Eine eigene EU-Steuer zur Finanzierung der Union lehnen FDP und CSU ebenso ab wie ein EU-Recht auf Kreditaufnahme. Die FDP möchte auch den derzeitigen Anteil der EU am Mehrwertsteueraufkommen der Mitgliedstaaten wieder abschaffen. Dagegen plädiert die SPD langfristig für die Schaffung einer eigenen Einnahmequelle für die EU; die LINKE fordert, die bestehenden Eigenmittelgrenzen zunächst voll auszuschöpfen und die im Binnenmarkt tätigen Großunternehmen bzw. Konzerne an der Finanzierung der EU zu beteiligen. Fast alle Parteien befürworten die Fortführung der begonnen Umschichtung von Mitteln aus dem Agrarbereich in andere Politikfelder (insbes. Forschung und Technologieentwicklung), die CSU jedoch möchte Rückflüsse aus dem EU-Agrarhaushalt wieder in der Landwirtschaft eingesetzt sehen. Dieses ist auch ein Anliegen der Freien Wähler, die beklagen, dass die Mittel des EU-Agrarhaushalts nicht bei den Landwirten ankommen würden.

Klima- und Umweltpolitik

Die CSU unterstützt eine europäische Umwelt- und Klimapolitik, die nachfolgenden Generationen eine intakte Umwelt hinterläßt und einheitliche Wettbewerbsbedingungen in Europa schafft. Dabei sollen jedoch die Besonderheiten der verschiedenen Naturräume und der Erhalt von Arbeitsplätzen berücksichtigt werden, einheitliche Lösungen aus Brüssel werden abgelehnt. Die SPD plädiert für eine umfassende EU-Klimaschutzrichtlinie mit festgeschriebenen Zielen und Maßnahmen für Sektoren, die bislang noch nicht von europäischen Regeln erfasst werden. Bündnis 90 / Grüne fordern strengere Obergrenzen im Emissionshandel, auch für Schiff- und Flugverkehr (eine Forderung auch der FDP), die LINKE will den Emissionshandel völlig abschaffen,

setzt stattdessen auf ordnungspolitische Eingriffe in den Energiemarkt. Hiervor warnt die FDP, verlangt im Bereich „Umwelt“ mehr Markt und weniger staatliche Ordnungsvorgaben. Die Grünen/Bündnis 90 setzen weiterhin auf die EU-weite Förderung nachhaltiger Konsummuster und –verhaltensweisen und ein Verbandsklagerecht auf europäischer Ebene im Bereich des Umweltrechts.

Sozialpolitik

Die SPD verfolgt das Ziel einer europäischen Sozialunion, die den gleichen Stellenwert hat wie die Wirtschafts- und Währungsunion, in der gemeinsame soziale (Mindest-)Standards und Rechte auf Grundlage einer sozialen Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht gelten, ohne dass es zu einer Vergemeinschaftung der Sozialpolitik kommt. Insbesondere müsse der Grundsatz „gleicher Lohn und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ realisiert und die Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen geschaffen werden. Ersteres fordert auch die LINKE. Demgegenüber sieht die FDP soziale Reformen in alleiniger Verantwortung der Mitgliedstaaten und plädiert für einen fairen Wettbewerb der Arbeits- und Sozialsysteme. Die CSU lehnt generelle sozialpolitische Kompetenzen für die EU ab, unterstützt aber Arbeitnehmerrechte im Binnenmarkt. Die Grünen / BD 90 fordern eine stärkere sozialpolitische Ausrichtung des Integrationsprozesses gemäß den Vorgaben des Vertrags von Lissabon, treten u.a. für EU-weite Mindestlöhne und eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden/Woche ein. Die LINKE fordert eine soziale Fortschrittsklausel für die bestehenden EU-Verträge, einen europäischen Pakt zur Bekämpfung der Armut, den Ausbau der Beteiligungsrechte der Europäischen Betriebsräte (eine Kernforderung auch der SPD) und die Einführung eines EU-weiten (auch politischen) Streikrechts. Die Freien Wähler heben das Wohlstandsgefälle zwischen den EU-Mitgliedstaaten und den an die EU angrenzenden Regionen hervor.

Gemeinsame Außenpolitik

Bis auf die LINKE betrachten die Parteien eine Fortführung der transatlantischen Zusammenarbeit als wichtig. Mit Russland wird (strategische) Partnerschaft angestrebt, die LINKE spricht von einem „gleichberechtigten Dialog“, auch mit Staaten wie Georgien, Republik Moldau etc. Bündnis 90/Grüne und FDP fordern einen gemeinsamen Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat, die SPD fordert einen Sitz der EU in einem zu schaffenden „Globalen UNO-Rat“, in dem Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gemeinsam behandelt werden sollen. Die CSU sieht die EU als starken Akteur bei der weltweiten Friedenssicherung und als Konfliktvermittler; mit Staaten wie der Ukraine und Weißrussland sollen Formen einer engen Partnerschaft gefunden werden.

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP)

SPD und FDP unterstützen den Ansatz der Schaffung gemeinsamer europäischer Streitkräfte, betonen jedoch die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kontrolle dieser europäischen Armee. Die Grünen /BD 90 plädieren für eine Effektivierung und Harmonisierung der vorhandenen Streitkräfte und den Aufbau eines europäischen Friedenskorps bzw. eines europäischen Technischen Hilfswerks, sähen aber – wie FDP und SPD – gerne mehr Anstrengungen der EU im Bereich der Abrüstung bzw. in der Aufrechterhaltung einer „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ (FDP). Auch die CSU betont, dass die ESVP sich nicht nur auf das Militärische konzentrieren dürfe. Die LINKE lehnt den Aufbau jeglicher Strukturen zur Durchführung von Angriffskriegen auf europäischer Ebene ab, fordert eine „EU-Abrüstungsagentur“ sowie die Auflösung der NATO; diese wird von allen anderen Parteien als weiterhin notwendig betrachtet.

Wirtschaftspolitik

Die FDP bekennt sich zum freien, unverfälschten Wettbewerb als Leitlinie wirtschaftspolitischen Handelns der EU und setzt auf weitere Liberalisierung, auch des Dienstleistungssektors. Die CSU möchte das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft (mittelstandorientiert, duales Ausbildungssystem, Sozialpartnerschaft) als Leitbild für die EU verankert sehen. Die Freien Wähler betonen die Vorteile einer mittelstandsbasierten, regionalen und dezentralen Wirtschaftsstruktur mit ihrer marktausgleichenden und gewinn-verteilenden Wirkung und kritisieren die negativen Effekte der EU-Subventionspolitik auf diese Strukturen. Die SPD sieht – wie Bündnis 90/Grüne und die LINKE - soziale und ökologische Verantwortung sowie hohe Beschäftigung als gleichrangig zum Ziel des Wirtschaftswachstums an und unterstützt das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu machen. Sie möchte den „freien Wissensverkehr“ zur fünften Freiheit im Binnenmarkt erklären, was notwendigerweise ein europäisches Arbeitnehmerrecht auf Weiterbildung nach sich ziehen müsse. Grüne/BD 90 und Die LINKE fordern eine europäische Wirtschaftsregierung, wobei die Grünen/Bündnis 90 auf das Projekt eines „GRÜNEN New Deal“ setzen, bei dem eine ökologisch und sozial verantwortliche Wirtschaftsform Maßstab politischer Entscheidungen ist. Die LINKE lehnt eine Festlegung auf ein ordnungspolitische Wirtschaftsmodell in den EU-Verträgen ab, will den Stabilitätspakt und die Lissabon-Strategie abschaffen und die Politik der Europäische Zentralbank auf das Beschäftigungsziel verpflichtet sehen, wobei das Europäische Parlament und der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister die EZB kontrollieren sollen. Sie lehnt – wie die meisten anderen Parteien - eine weitere Liberalisierung und Privatisierung der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ab, fordert die Wiederverstaatlichung bereits privatisierter Netzinfrastrukturen.

Finanzmarktpolitik

Alle Parteien fordern eine verstärkte Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Insbesondere die Kontrolle der Banken, Hedge-Fonds und Rating-Agenturen solle durch eine bessere Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden verstärkt werden. SPD, Bündnis 90/Grüne und die LINKE sehen hier eine Europäische Finanzmarktagentur als notwendig an. Die LINKE will Hedge-Fonds u.ä. durch eine solche Agentur EU-weit verbieten lassen und fordert – wie die Grünen / Bündnis 90 eine EU-Steuer auf (spekulative) Finanztransaktionen. CSU und SPD sprechen sich insbesondere dafür aus, das deutsche Sparkassenmodell gegen den Druck aus Brüssel zu erhalten und zu stärken. Die CSU warnt vor einer vorschnellen, stabilitätsgefährdende Aufnahme neuer Staaten in die Eurozone aus (krisen-) politischen Gründen.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Alle Parteien unterstützen eine europäische Zusammenarbeit in der polizeilichen und justiziellen Politik. SPD, Grüne/BD 90 und FDP fordern europäische Mindeststandards für das Strafverfahrensrecht; eine parlamentarische Kontrolle der EuroPol und EuroJust durch das EP wird insbesondere von FDP, Grüne/Bd90 und den LINKEN gefordert. Diese Parteien erkennen die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus / internationaler Kriminalität an, betonen aber, dass das Freiheitspostulat und die Datenschutzrechte dabei nicht unterlaufen werden dürfen. Die CSU spricht in diesem Zusammenhang von der Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Sie fordert den europaweiten Einsatz der Schleierfahndung und eine enge Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Die Freien Wähler möchten durch Zeugenschutzprogramme den europaweiten Menschenhandel eingedämmt sehen.

Energiepolitik

SPD und FDP fordern eine gemeinsame Energieaußenpolitik der EU, wobei die FDP vor allem auf mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten (Strom/Gas) und den Ausbau des Emissionshandelsystems (auch auf außereuropäische Akteure) setzt. Die CSU setzt auf langfristig auf europäischer Ebene abgeschlossene Lieferverträge, abgeschlossen mit einer Vielzahl von Lieferanten und eine Vielzahl von Energiequellen umfassend. Alle Parteien möchten die Forschung im Bereich „Energie“ intensivieren, wobei SPD und Bündnis 90/Grüne insbesondere die regenerativen Energien und Umwelttechnologien hierbei unterstützt sehen möchten (letztere durch Schaffung einer europäischen „Agentur für regenerative Energien“). SPD, Bündnis 90/Grüne und die LINKE fordern den EU-weiten Atomausstieg, die CSU setzt auf den Ausbau erneuerbarer Energien und den Einsatz kohlenstoffarmer Energieerzeugung.